Kiel, 28. Februar 2017

Nr. 066 /2017

Tobias von Pein:

Alle arbeiten zusammen –keine/r geht verloren

Zur Vorstellung des Berichts über die Einrichtung von Jugendberufsagenturen durch Bildungsministerin Britta Ernst erklärt der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für berufliche Bildung, Tobias von Pein:

Unser Ziel ist es, dass niemand die Schule ohne einen Abschluss verlässt und dass jede Schülerin und jeder Schüler den Weg in eine qualifizierte berufliche Ausbildung oder in ein Studium findet.

Das duale System in der beruflichen Bildung ist erfolgreich. Nicht jeder findet aber den direkten Weg in ein Ausbildungsverhältnis. Das hat auch mit der hoch komplexen Struktur unserer berufsbildenden Schulen zu tun. Jahr für Jahr brauchen deshalb rund 9.000 Schülerinnen und Schüler Lotsen, um in diesem Labyrinth nicht verloren zu gehen.

Andere Länder haben gute Erfahrungen mit dem Modell der Jugendberufsagenturen gemacht. In Schleswig-Holstein hat es mehrjährige Beratungen aller an Berufsbildung beteiligten Akteure darüber gegeben, wieweit sich das Hamburger Modell auf das Flächenland Schleswig-Holstein übertragen lässt. Ab morgen sind sechs Kreise und kreisfreie Städte dabei.

Der Bericht von Ministerin Ernst ist eine Erfolgsstory, an deren Gelingen sich nicht nur das Land, die Agentur für Arbeit, die Jobcenter sowie die Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen intensiv beteiligen, ohne die das Ganze nicht wirklich funktionieren würde. Gerade für die allgemeinbildenden Schulen ist der Grundsatz der Berufsorientierung in den letzten Jahren zu einem ihrer zentralen Themen geworden.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns dafür einsetzen, dass sich schrittweise in allen Kreisen und kreisfreien Städten Jugendberufsagenturen gründen, wozu das Land eine Anschubfinanzierung leisten wird.